

# Darmstadt

## I n f o

# 2

■ D O K U M E N T A T I O N ■

DIES IST EIN ÖFFENTLICHER ANSCHLAG DER STADTVERWALTUNG

Der Magistrat der Stadt Darmstadt - Dezernat V,  
Postfach 110780 - Stadthaus 2 - Lusenstraße 12 - 6100 Darmstadt 11

Der Magistrat  
der Stadt  
Darmstadt



### Amtliche Bekanntmachung!

Datum FEBR. 1988

Liebe Darmstädter, liebe Darmstädterinnen!

Wer mit offenen Augen durch die Stadt fährt, wird gesehen haben, daß sich in den letzten Jahren auch im Martins- und Johannisviertel viel getan hat. Diese unsere Stadt ist schöner geworden. Wer hier noch wohnt, wird gemerkt haben, wie diese Viertel ergrünt sind. Zwischen Pflastersteinen wachsen jetzt Bäume und Kinder spielen da, wo früher Müll und Schutt lagerten. Baracken und Ruinen sind nahezu verschwunden. Neuer Putz liegt auf den Häusern. Vielerorts begrüßt sie ein neuer Nachbar und vielleicht fährt auch Ihr Vermieter ein größeres und schöneres Auto. Wir grüßen die neuen Nachbarn und den Vermieter! Das war nicht immer so. Wenn ich vor Jahren noch mit Freunden gesprochen habe, mußte ich mir sagen lassen, was andere von der falsch verstandenen Liberalisierung der letzten Jahrzehnte in unserer Stadt hielten. Zuletzt hatten sogar Landfahrer und Tagediebe hier ein allzu leichtes Zuhause gefunden. Ein breiter Konsens hat mir geholfen, in Darmstadt wieder konsequent durchzugreifen!

### Mittlerweile ist Darmstadt Zigeunerfrei

Die Zahl der Schandflecken ist deutlich reduziert; die Stadt ist gesünder geworden. Sanierung vom Pflasterstein bis zum Noch-Mieter, wir haben viel erreicht! Alte und Kranke haben früher in ärmlichen Verhältnissen wertvollen Wohnraum belegt. Produktive gesunde Kräfte sind an deren Stelle getreten. DARAUF KÖNNEN WIR STOLZ SEIN!

Aber dennoch bleibt bis zur Kommunalwahl 1989 viel zu tun. Da stehen immer noch Häuser dem Fortschritt entgegen, da liegen immer noch Flächen brach. Keine 100 Meter von Darmstadts schönstem Park entfernt genießt gestrandetes Gesox einen Lebensraum auf unsere Kosten!

UNTERSTÜTZEN SIE MICH! Mit einem neuen Bürgerzentrum können wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ein weiterer Schandfleck wird verschwinden, notorische Querulanten können ihr Glück woanders versuchen. Hier gibt es keinen Boden für diese Brut. Nicht zuletzt verhindern gerade diese Leute, daß Ihre Steuermillionen in unserem Sinn angelegt werden können!

KAMPFEN SIE MIT MIR GEGEN BILLIGEN WOHNRAUM UND DEREN MIETER!  
KAMPFEN SIE MIT MIR FÜR EIN BÜRGERZENTRUM!

Mit freundlichen Grüßen

i. V.

Günther Metzger  
Oberbürgermeister

abgerissen - sichergestellt

Kassen  
Darmstadt  
544000  
BLZ 50850150

weitere Konten  
der  
Stadtkasse bei  
Sparkassen und Banken  
in Darmstadt

Telefonzentrale  
der Stadtverwaltung  
(04151) 13-1

Telefax  
04 187 127  
stbld

# 2. E R K L Ä R U N G

## die festgenommenen vom 1.2.1988

in der zwischenzeit sind etliche presseartikel zu den festnahmen vom 1.febr. erschienen. sie verzichteten weitestgehend auf eine inhalt-auseinandersetzung mit den plakaten. deshalb wollen wir hierzu stellung nehmen.

im april '84, die stadt hatte im jahr zuvor ein von roma bewohntes haus (arheilger str.) in abwesenheit der bewohner/bewohnerinnen abreißen lassen, lebten immer noch 4 roma-familien mit insgesamt 28 angehörigen in darmstadt. aus angst vor Metzgers ausweisungs-politik - im märz '84 wurde eine siebenköpfige familie ausgewiesen - boten die roma an, weiterziehen, wenn ihnen gebrauchte wohnwagen und etwas reise-geld zur verfügung gestellt würde. da der magistrat jedoch an seiner "wir haben die macht" - politik festhielt und ablehnte, flüchteten sie aus der stadt, um einer abschiebung zu entgehen. daraufhin erklärte OB Metzger öffentlich, das roma-kapitel sei beendet. **Mittlerweile ist Darmstadt Zigeunerfrei**

im märz '86 wurde die fuhrmannstr.9, ein ehemals von roma bewohntes haus, besetzt. ganz im gegensatz zu seiner sonst so harten linie bot OB Metzger sogleich einen nutzungsvertrag an. eine räumung dieses hauses hätte die vertreibung der roma erneut publik machen können, sicherlich nicht im interesse Metzgers. die bewohner/bewohnerinnen der fuhrmannstr.9 haben durch ihre kraft ihre umgebung bewohnbar gemacht und leben gemeinsam in dem haus. dieses zusammenleben ist auch ein beispiel dafür, wie mensch sich gegen vereinzlung und isolierung wehren kann. nun erklärt der magistrat das haus für unbewohnbar und k ü n - d i g t den nutzungsvertrag zum 21.märz '86. nicht nur das haus fuhrmannstr.9 soll abgerissen werden. andere häuser im rutasblock sollen dem bau eines bürgerzentrums weichen. das bürgerzentrum entspricht eher dem prestige- und repräsentationsbedürfnis einzelner politiker, als den bedürfnissen der bewohner/bewohnerinnen des martinsviertels.

kleine gruppenräume werden ständig und in großer anzahl, ein großer saal an wenigen tagen im jahr benötigt.

das geplante bürgerzentrum bietet eine halle

für 500-600 personen und vielleicht zwei kleinere gruppenräume.

für die wenigen großvereine wird in ein bis eineinhalb jahren die otto-bernd-halle zur verfügung stehen. genügend möglichkeiten zur erstellung von kleinen gruppenräumen gibt es im zusammenhang mit den gebäuden der AWO (arbeiterwohlfahrt) und des SKA. billiger, guter wohnraum wird von weniger betuchten, älteren menschen, studenten/studentinnen benötigt.

dies und nicht die finanzierung eines großen teil des bürgerzentrums ist eine sinnvolle verwendung der vom bund stammenden sanierungsgelder.

es geht um die attraktive gestaltung des viertel mit dem bürgerzentrum als teil der sanierungspolitik. nicht nur die fassaden der häuser sollen bunter, die hinterhöfe grüner und die straßen vielleicht ruhiger werden; sanierung im martinsviertel heißt, daß diese veränderungen mittelfristig für eine unverhältnismäßig hohe preissteigerung der wohnungen erhalten werden. somit kommt es zu einer umstruktuirung der bevölkerung im viertel. die "neuen" bewohner/bewohnerinnen können sich die "schönere" umgebung leisten und sind wohl die geplanten nutzer/nutzerinnen des bürgerzentrums.

auch das bürger/bürgerinnen - treffen am 27. jan. '88 zeigte, die jetzigen bewohner/bewohnerinnen sehen für das geplante bürgerzentrum keinen bedarf.

die stadt ist daran interessiert, ihren finanzhaushalt zu sanieren. dazu gibt es eine ganze reihe von möglichkeiten, angefangen bei der erhöhung der gewerbesteuereinnahmen (durch ansiedlung neuer unternehmen, stichwort: high tech) oder auch der umstruktuirung des martinsviertels. firmen werden anreize geboten, nach darmstadt zu kommen, mit vierteln, die den gehobenen ansprüchen eines teils der mitarbeiter/mitarbeiterinnen gerecht werden (zentral gelegene wohnungen gehobenen standarts, feinkost-, schicki-micki-läden u.s.w.), auf der anderen seite arbeiter/arbeiterinnen die für wenig lohn arbeiten und damit auskommen müssen (z.b. durch wohnung

in kranichsteiner hochhäusern, einkauf bei aldi u.s.w.). so viel arbeiten zu dürfen, um im "neuen" martinsviertel wohnen zu dürfen, ist doch ein anreiz, für den es sich lohnt, hart zu arbeiten!  
ziel ist die optimale verwertung der menschen, gewachsene soziale bindungen sind diesem ziel im wege.  
menschen, die sich dem verwertungsprozeß ent-

ziehen und selbstbestimmt leben wollen, haben keinen platz in dieser gesellschaft.

KEIN ABRISS DER FUHRMANNSTRASSE 9

D O K U M E N T A T I O N

Grüne sehen „Kesseltreiben“

Plakat-Aktion: Kritik an Stadt und Polizeiführung

(wh). Im Zusammenhang mit der Plakataktion im Martinsviertel und der Festnahme von sechs jungen Männern in der Nacht zum Montag werden die Darmstädter Grünen der

denscheinig". Daß sich Bernet über die Festnahme freue, beweise dessen „obrigkeitsstaatliche Gesinnung“.

Zu der Äußerung des SPD-Ortsvereins Martinsviertel, die Grünen hätten eine „Hetzkampagne“ gegen das geplante Bürgerzentrum gestartet, meint die Fraktion: „Da wird eine überzeugende satirische Aktion zum schlimmsten anzunehmenden Frevel übersteigert, um uns vor diesem Hintergrund besser als Verderber der Sitten und Verführer der Jugend hinstellen zu können.“

Die Stadt – so die Grünen in der Pressemitteilung – habe den Inhalt des Plakats „aus Angst vor seiner Wirkung“ geheimgehalten. Nichts könne den inneren Wahrheitsgehalt der dem Oberbürgermeister in dem Plakat-Text in den Mund gelegten Äußerungen eindrucksvoller unterstreichen „als das Schauspiel, das der OB und die Seinen in dieser Sache selbst seit Tagen bieten“.



Stadt, Parteivertretern und dem Polizeipräsidenten „widerwärtiges Kesseltreiben“ vor.

Wenn Polizeipräsident Peter C. Bernet alle Vorwürfe der Plakatierer zurückweise (ECHO vom 5. Februar), zugleich aber zugebe, die sechs Männer seien mit vorgehaltener Waffe festgenommen und in Handschellen abtransportiert worden, sei dies „fa-

"DARMSTÄDTER ECHO" 6. Febr. 1988

S P E N D E N

wir bitten um finanzielle unterstützung für die unkosten der festgenommenen vom 1.2.1988

kenwort: martinsviertel

bank: stadtparkasse DA

konto-nr.: 11 80 16 289

BLZ: 508 501 50

Wir, die Bewohner/Bewohnerinnen der Fuhrmannstraße Nr.9, laden alle Menschen aus dem Martinsviertel

zu einem **FEST** ein.

Samstag 20. Febr.

Internationales Jugend-Zentrum Pankratiusstr.

ab 16 Uhr

Kaffee u. Kuchen-Gespräche-non stop VIDEO-show...

ab 20 Uhr Musik-live-Vorbüchle...

D A R M S T Ä D T E R

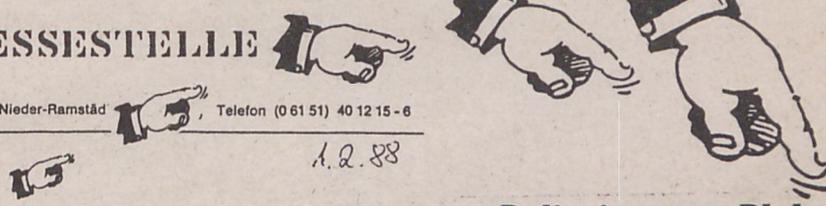
POLIZEI ECHO



DER POLIZEIPRÄSIDENT IN DARMSTADT

PRESSESTELLE

6100 Darmstadt, Nieder-Ramstäd, Telefon (061 51) 40 12 15 - 6



A. Q. 88

Nächtliche Plakataktion gestoppt

Die Darmstädter Polizei erhielt in der Nacht zum Montag einen Hinweis, wonach im Stadtgebiet Plakatierkolonnen unterwegs seien, die gefälschte, "Amtliche Bekanntmachungen" verbreiten würden. Eine sofort eingeleitete Fahndung hatte kurz nach Mitternacht Erfolg. An mehreren Stellen des Martinsviertels wurden insgesamt sechs Männer festgenommen, als sie gerade Plakate klebten. Es handelte sich um auf DIN A 3 Format vergrößerte Briefbögen des Magistrats der Stadt Darmstadt. Unter dem Text befand sich die Unterschrift von Oberbürgermeister Günther Metzger. Das angeblich von ihm verfaßte Schreiben hatte das Wohnungswesen, die Stadtplanung und das Zigeunerproblem zum Inhalt. Noch im Laufe der Nacht wurden von Polizeistreifen insgesamt 145 frisch geklebte Plakate entfernt und sichergestellt. Ebenso stellten die Beamten bei den Festnahmen Kleisterimer und -bürsten sowie zahlreiche weitere Plakate sicher.

Die Festgenommenen sind zwischen 20 und 29 Jahre alt und wohnen in Darmstadt, Weiterstadt, Büttelborn und Rödermark. Drei von ihnen sind bereits früher wegen Sachbeschädigungen bzw. als Hausbesetzer in Erscheinung getreten. Die sechs Männer wurden nach erkennungsdienstlicher Behandlung und Vernehmung am Montagmorgen entlassen. Ob weitere Anzeigen erfolgen, wird nach Abschluß der Ermittlungen entschieden.

Polizei stoppt Plakataktion

„Amtliche Bekanntmachungen“ sechs junger Männer

(wh). Die Darmstädter Polizei hat in der Nacht zum Montag sechs Personen vorläufig festgenommen, die auf Plakaten Oberbürgermeister Günther Metzger rassistische und unsoziale Äußerungen in den Mund gelegt hatten. Zahlreiche gefälschte „Amtliche Bekanntmachungen“, versehen mit dem Briefkopf des Magistrats und der Unterschrift Metzgers, wurden sichergestellt.

Bei den Plakaten handelt es sich nach Darstellung der Polizei um auf DIN-A 3-Format vergrößerte Briefbögen des Magistrats. Unter dem Text, der das Wohnungswesen, die Stadtplanung und – so die Polizei – „das Zigeunerproblem“ zum Inhalt hat, ist die Unterschrift des Oberbürgermeisters. Die Polizei entfernte 145 Plakate, die auf Hauswände, Plakate, an Schaltkästen und Haltestellen geklebt waren. Sichergestellt wurden neben weiteren Plakaten auch Kleisterimer und -bürsten. Die Festgenommenen stammen aus Darmstadt, Weiterstadt, Büttelborn und Rödermark. Drei der sechs jungen Männer sind der Polizei wegen Sachbeschädigungen und von Hausbesetzungen bekannt. Nach erkennungsdienstlicher Behandlung und Vernehmung kamen sie gestern früh auf freien Fuß.

"DARMSTÄDTER ECHO" 2. Febr. 1988

"...wenn du in der Öffentlichkeit sprichst, ohne die ganze Wahrheit zu sagen, dann bist du weniger wahr als die Wahrheit."

## Polizei weist Vorwürfe der Plakatierer entschieden zurück

Festgenommene sprechen von Mißhandlungen und Demütigungen – Grüne solidarisch mit Aktion im Martinsviertel

(wh). Darmstadts Polizeiführung hat sich gegen Behauptungen verwahrt, wonach sechs in der Nacht zum Montag festgenommene Personen von Beamten geschlagen und mißhandelt worden seien. Derartige Vorwürfe erheben die jungen Männer, die im Martinsviertel zahlreiche Plakate mit einer fingierten Erklärung des Oberbürgermeisters geklebt hatten (wir berichteten). In einer Presseerklärung, unterzeichnet mit „Die Festgenommenen vom 1. 2.“, behaupten die sechs jungen Männer, sie hätten sich bei ihrer Festnahme „in die Gosse“ legen müssen und seien geschlagen und getreten worden. Das Vorgehen auf der Straße habe Anwohner veranlaßt, der Polizei Überfälle auf Bürger zu melden. Mißhandlungen und Demütigungen seien im Polizeipräsidium fortgesetzt worden. Polizeipräsident Peter C. Bernet wies gestern derartige Behauptungen zurück. Das Vorgehen der Zivilstreifen im Martinsviertel kurz nach Mit-

ternacht habe sich ebenso im legalen Rahmen gehalten wie die Vernehmung im Präsidium. Daß die Waffe gezogen werde, diene zum Zwecke der Eigensicherung und sei bei derartigen Einsätzen, insbesondere nachts, üblich. Als die Festgenommenen durchsucht worden waren, wurden einige in Handschellen ins Präsidium gebracht, da Fluchtgefahr nicht auszuschließen gewesen sei. Die Stimmung bei der Vernehmung durch Beamte des Staatsschutzes und bei der erkennungsdienstlichen Behandlung sei ausgesprochen gelöst gewesen und fern von Aggressivität. Die sechs Männer gaben nach Darstellung der Polizei ihre Personalien an, verweigerten allerdings Angaben zur Sache. Zwei der Festgenommenen hatten nachts ihre Anwälte verständigt, die ins Präsidium kamen. Polizeipräsident Bernet wies darauf hin, diese hätten keinerlei Beschwerden über die Behandlung der Männer vorgebracht. Was die angeblichen Anrufe von Anwohnern betrifft, re-

giert die Kommissar vom Dienst eine Meldung. Die Festgenommenen konnten das Präsidium am Montag zwischen 9 und 11 Uhr verlassen. Die Polizei hatte zuvor den Standort der drei von den Plakatklebern benutzten Autos ausfindig machen müssen, da sie auch dazu nichts sagten. Peter C. Bernet sieht in den Vorwürfen einen Versuch, die Polizei zu diskreditieren. Er äußerte sich erfreut darüber, „daß es uns gelungen ist, solche Kleber festzunehmen“. Kein Verständnis für das polizeiliche Vorgehen gegen die Plakatierer vorgehen die Kreistagsfraktion der Grünen Darmstadt-Dieburg und die Stadtverordnetenfraktion der Darmstädter Grünen. Der verbreitete Text enthalte, so wörtlich, „tiefe Wahrheiten über den Kontrast zwischen mathildenhöhen-orientiertem kulturwirtschaftlichen Glanz und der Realität dessen, was von uns nicht einmal nahestehenden Beobachtern als 'soziale Wende' charakterisiert worden

ist“. Eine strafrechtliche Verfolgung sei nicht zu rechtfertigen. Die Grünen sind der Ansicht, daß es für Äußerungen wie die „Amtliche Bekanntmachung“ von der Stadt bereitgestellte Plakatier-Flächen geben sollte, um so Meinungen offen und produktiv entfalten zu können. Auch die „Wohnungsinitiative Darmstadt“ äußert sich solidarisch mit den Festgenommenen. Sie hätten zu diesem Mittel greifen müssen, da von Sanierung Betroffene keine Medien-Lobby hätten. Gefordert wird „Freies Plakatieren für alle“. Der SPD-Ortsverein Martinsviertel sieht in der Plakatieraktion nach den Worten seines Vorsitzenden Eike Ebert „das Ergebnis der unsachlichen und emotionalisierten Kampagne“, die die Grünen im Martinsviertel gegen das Bürgerzentrum begonnen hätten. Ebert fordert die Grünen auf, ihre „Hetzkampagne“ gegen das Martinsviertelzentrum zu beenden und sich an der sachlichen Diskussion zu beteiligen.

"DARMSTÄDTER ECHO" 5. Febr. 1988

## „Mittlerweile ist Darmstadt zigeunerfrei“

Satirische Plakataktion gegen den Darmstädter Oberbürgermeister Metzger läßt Polizei zuschlagen / Hintergrund ist die Vernichtung sozialen Wohnraums in der Provinzmetropole / Metzger ließ ein von Roma bewohntes Haus abreißen

Von Klaus-Peter Klingelschmitt

Darmstadt/Frankfurt (taz) — Der Zivilpolizist richtete seine Dienstwaffe direkt auf den Kopf des festgenommenen Studenten. Es folgten Schläge im Polizeiwagen, Fußtritte und Beschimpfungen „übelster Art“. So traktiert wurden in der Nacht zum 1. Februar in Darmstadt insgesamt sechs Menschen in Handschellen auf das Darmstädter Polizeipräsidium verbracht und dort — „unter weiteren Mißhandlungen und Demütigungen“ (ein Be- und Gefotografener) — erkennungsdienstlich behandelt.

Was war geschehen in der Provinzmetropole Darmstadt, die in städtischen Publikationen als „Tor zum Odenwald“ bezeichnet wird? Darmstadts Polizei klinkte aus, weil ihr oberster Dienstherr, der Oberbürgermeister Günther Metzger, in einer fingierten „amtlichen Bekanntmachung“ — die als Plakat im Martinsviertel verklebt worden war — angeblich „verächtlich gemacht“ worden war. „Satire ist in Darmstadt strafbar“, kommentierte der ASTA der Technischen Hochschule in einer eilig gedruckten Sondernummer der „ASTA-Zeitung“ die „mit einer beispiellosen Brutalität“ vorgenommenen Festnahmen der sechs Personen, die verdächtigt werden, die Plakate geklebt zu haben.

Dabei — so der ASTA — sei in diesen mit dem Briefkopf der Stadt versehenen und mit der Unterschrift des Oberbürgermeisters gezeichneten „amtlichen Bekanntma-

chungen“ nur der Wahrheit die Ehre gegeben worden: „Mittlerweile ist Darmstadt zigeunerfrei“. In der Tat hatte Oberbürgermeister Metzger (SPD) 1983 für bundesweites Aufsehen gesorgt, als er ein von Roma bewohntes Haus abreißen ließ, während die Mieter gerade im Urlaub weilten. Proteste von Heinrich Böll bis zu

Eugen Kogon, von den Grünen bis zu Metzgers Genossen aus der südhessischen SPD beeindruckten den „Hardliner“ der sozialdemokratischen Rechten nicht im geringsten. Denn der OB setzte — Ende '83 — noch einen drauf: Nach einem Marsch von 15 wohnungslos gewordenen Roma zum Rathaus, in dessen Verlauf es zu

Konfrontationen mit der Polizei kam, wurde den Betroffenen die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigungen verweigert. Kommentar des Bürgermeisters: „Das Roma-Kapitel ist damit beendet.“

Daß sich die Plakatierer von heute in ihrer „amtlichen Bekanntmachung“ auf die Vorgänge

von '83 bezogen, hat seinen Grund. Denn die Stadt Darmstadt ist zur Zeit dabei, das Martinsviertel nach dem bewährten „Roma-Muster“ zu sanieren. Preiswerter, sozialer Wohnraum wird zugunsten von Eigentumswohnungen und Luxusapartements vernichtet. Doch Wohnraum, so der ASTA, dürfe nicht zum Spielfeld „geldgieriger Spekulanten“ verkommen, die Hand in Hand mit den „Partei bonzen“. Die „Partei bonzen“, das sind die Mitglieder des sogenannten Metzger-Clans, der die Stadt beherrscht. Für die gestandenen, rechten Sozialdemokraten um den Oberbürgermeister, die auch die einzige Darmstädter Tageszeitung — das „Darmstädter Echo“ — fest im Griff haben, sind selbst die Jungsozialisten nur dazu da, um die „Klappe zu halten“. Metzger selbst gilt innerhalb der hessischen SPD als „Grünfresser“ par excellence. Die Darmstädter Szene ist für diese Kreise eine „notorische Querulantenbrut“.

OB Metzger weigert sich übrigens bis heute, der Presseden Text der satirischen „amtlichen Bekanntmachung“, die Auslöser für die brutalen Festnahmen der PlakatiererInnen war, zugänglich zu machen. Auch die Pressestelle des Polizeipräsidiums verweigerte selbst der „FAZ“ eine Stellungnahme zum Thema. Daß man die Verdächtigen mit gezogenen Waffen festgenommen habe, sei dagegen „aus Eigenschutzgründen“ nachts als „durchaus üblich“ zu bezeichnen.



Roma Frau im Gespräch mit einem Darmstädter Bürger vor den Trümmern ihrer Wohnung  
Foto: Ulla Schmidt

"taz" 9. Febr. 1988